

# Bundesrat hält an Lenkungsabgaben fest

**Energiewende** Die Botschaft zur zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 wurde gestern verabschiedet

VON NADJA SUTTER

Der Bundesrat hält an Lenkungsabgaben auf Brennstoffe und Strom fest – trotz Kritik von Parteien sowie Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Mit den Klimaabgaben auf Treib- und Brennstoffen sowie Strom will der Bundesrat ab 2021 Fördermassnahmen für erneuerbare Energien ablösen. Damit sollen die Treibhausgasemissionen sowie der Energieverbrauch reduziert werden, wie der Bundesrat mitteilte.

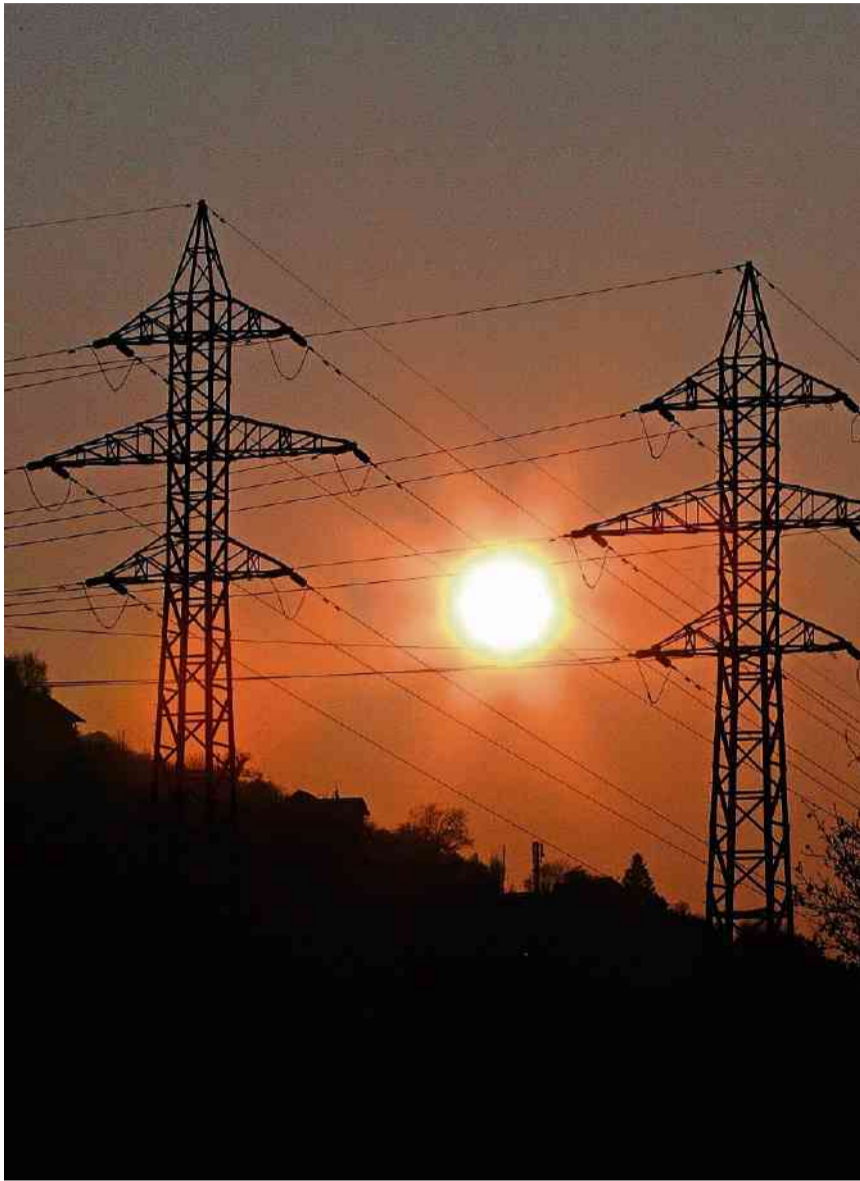
Das Fördersystem soll aber nicht zu einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt abgelöst werden, wie das der Bundesrat noch im Vernehmlassungsentwurf zum Verfassungsartikel vorgesehen hatte. Stattdessen soll die Aufhebung der Fördermassnahmen zeitlich abhängig gemacht werden von der Einführung der Lenkungsabgaben. Damit ging der Bundesrat auf Einwände ein.

Parteien und Verbände hatten den Entwurf nämlich auf breiter Front kritisiert. Für die linken Parteien und Umweltverbände war dieser zu vage – sie forderten unter anderem eine Lenkungsabgabe zusätzlich zu den Fördermassnahmen.

Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände hingegen fürchteten hohe Kosten und Nachteile für Unternehmen. Einige lehnen die Lenkungsabgabe deswegen ganz ab.

## Benzin und Diesel erst später

Benzin und Diesel sollen in einer ersten Phase aber noch nicht der Abgabe unterliegen. In diesem Punkt bleibt der Bundesrat bei seinen Plänen. Den Verzicht begründet er damit, dass in der Vorlage zum Nationalstrassen- und Ag-



Auch der Strom ist von der Klimaabgabe betroffen.

JEAN-CHRISTOPHE BOTT/KEYSTONE

glomerationsfonds (NAF) bereits eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um 6 Rappen pro Liter vorgesehen ist. In einer befristeten Übergangszeit sollen die Erträge aus den Abgaben den bisherigen Förderzwecken zugutekommen. Danach sollen sie an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt werden. Die Belastung der Haushalte und der Unternehmen solle darum nicht ansteigen, schreibt der Bundesrat.

## Unternehmen entlasten

Zudem will die Regierung Rücksicht nehmen auf Unternehmen, allerdings nur auf solche, deren «Betrieb oder Produktion besonders treibhausgas- oder energieintensiv ist». Sie sollen nur reduzierte Abgaben oder gar keine leisten müssen.

Die genaue Ausgestaltung der Abgaben lässt der Bundesrat bisher offen – diese soll später in Gesetzen konkretisiert werden. Berichte zur Umsetzung der Stromabgabe sowie zur Rückerstattung an Haushalte und Wirtschaft liegen aber bereits vor. Die Umsetzung im Bereich Klima will der Bundesrat bereits im Frühling 2016 im Rahmen der Klimapolitik 2030 konkretisieren.

Die Energiestrategie 2050 gliedert sich in zwei Teile. Das erste Massnahmenpaket berät derzeit das Parlament; es enthält Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien. Der zweite Teil beinhaltet die Ablösung der Fördermassnahmen durch die Lenkungsabgabe. Über den Verfassungsartikel wird das Volk entscheiden. Dabei dürfte es sich um ein Ja oder Nein zur Energiewende handeln. (SDA)

NACHRICHTEN

POST

## Urs Swaller soll Chefaufsicht übernehmen

Der abtretende Freiburger CVP-Ständerat Urs Swaller wechselt seinen Arbeitsplatz innerhalb von Berns Stadtgrenzen vom Bundeshaus ins Post-Hauptgebäude. Dort soll er ab Ende April 2016 als Verwaltungsratspräsident amten und die Nachfolge von Peter Hasler antreten. Der Bundesrat hiess an seiner Sitzung die Kandidatur von Swaller gut. (SDA)

BERUFLICHE VORSORGE

## Bundesrat senkt Mindestzinssatz

Ab nächstem Jahr werfen die Altersguthaben weniger Zins ab. Der Bundesrat hat beschlossen, den Mindestzinssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge von heute 1,75 Prozent auf 1,25 Prozent zu senken. Dieser legt fest, wie hoch das Alterskapital in einem Jahr mindestens verzinst werden muss. Je tiefer der Satz, desto weniger wachsen die Guthaben der Versicherten. (SDA)

BUNDESGERICHT

## Islamischer Zentralrat Schweiz obsiegt

Für das Bundesgericht hat kein Grund bestanden, eine Veranstaltung des Islamischen Zentralrates (IZRS) in Freiburg zu verbieten. Die Vorinstanzen hätten so ziemlich alles falsch gemacht, kritisierten die Richter. Das Bundesgericht hiess eine Beschwerde des IZRS gut. In der Sitzung haben die Lausanner Richter ein klares Votum für die Versammlungsfreiheit abgegeben. Das Verbot entbehre jeglicher Verhältnismässigkeit. (SDA)

INSERAT

# Die Mehrwertkarte für 21'803 KMU POOL-Privatmitglieder.

- Günstiger Einkaufen bei Geschäften in Ihrer Region
- Vergünstigte Versicherungsprämien für die ganze Familie
- Kostenlose ärztliche Zweitmeinung
- Günstiger Tanken in der ganzen Schweiz
- Internationale KMU POOL Visa Kredit-, oder Prepaidkarte
- Cash-back bei über 280 Shops, zB. Zalando und Brack



Jetzt auch für Sie:  
[kmu-poolkarte.ch](http://kmu-poolkarte.ch)